

SAUDI-ARABIEN

Folterstaat und Fußballmacht



Unsere Gründungserklärung

Fußball braucht Menschenrechte. Sport kann nur verbinden und berühren, wenn alle Menschen gleichen Zugang und faire Chancen haben – unabhängig von geschlechtlicher Identität, sexueller Orientierung, nationaler, sozialer oder ethnischer Herkunft, religiöser oder politischer Überzeugung.

In der Praxis wird dieser Grundsatz oft verletzt. Verantwortlich dafür sind meist Profitorientierung und das Streben nach nationalem Prestige. Statt dem entgegenzuwirken, verbündet sich die FIFA immer wieder mit Staaten, die durch große Sportereignisse von ihren massiven Menschenrechtsverletzungen ablenken wollen. Einige Vereine im internationalen Fußball sind im Besitz solcher Staaten und missachten regelmäßig die Regeln des Financial Fairplay. Nationale und internationale Fußballverbände sowie Vereine kooperieren mit Sponsoren, in deren Lieferketten soziale oder ökologische Missstände herrschen.

„Fairness United“ will solche Probleme thematisieren und anprangern. Wir wollen dafür eintreten, dass im internationalen Fußball die Menschenrechte respektiert und nicht der Korruption, Profitgier und dem Sportwashing geopfert werden. Die Haltung der Verbände, insbesondere der FIFA, von ihren Partnern Menschenrechtsstandards nur im direkten Kontext mit Turnieren einzufordern, ist nicht ausreichend (und wurde selbst in dieser unzureichenden Form bei früheren Vergaben grob missachtet). Staaten und Firmen, die als Gastgeber oder Sponsoren auftreten, müssen in ihrem Verantwortungsbereich Menschenrechte und soziale Mindeststandards grundsätzlich achten, nicht nur während der Kooperation mit einem Verband oder Verein. Alles andere wäre scheinheilig, verlogen und widerspräche dem Fairness-Gedanken des Sports.

Bei unseren Recherchen und Kampagnen suchen wir die Zusammenarbeit mit anderen Fangruppen, mit Gewerkschaften und NGOs. Es geht darum, die Expertise von Menschenrechtsgruppen und das Engagement von Faninitiativen zu vernetzen und zu bündeln.

Dabei liegt unser Fokus auf internationalen Fußballereignissen. Die Protestbewegung gegen die WM 2022 in Katar hat gezeigt, dass gemeinsames Handeln laut, vielfältig und wirkungsvoll sein kann. In diesem Sinne wollen wir weitermachen.

For the Good of the Game – Fairness United

Liebe Leserinnen und Leser,

die FIFA macht weiter, als hätte es die Proteste nie gegeben: Kaum war der die Weltmeisterschaft in Katar vorbei, beschloss der FIFA-Rat einstimmig, dass die Klub-WM im Dezember 2023 in Saudi-Arabien ausgetragen wird. In einem Land, in dem es um die Menschenrechte noch schlechter bestellt ist als beim WM-Ausrichter, in einem Land, in dem es weder Meinungs- noch Pressefreiheit gibt, in dem Frauen systematisch benachteiligt werden, in dem homosexuelle und queere Menschen mit der Todesstrafe bedroht sind, in dem Menschenrechtsaktivist:innen mit langjährigen Haftstrafen mundtot gemacht werden, in dem Folter in Gefängnissen und Hinrichtungen zum Alltag gehören, in dem Arbeitsmigrant:innen dem berüchtigten Kafala-System unterliegen und Hunderte von Geflüchtete an der Staatsgrenze erschossen werden.

Wieder einmal war für die FIFA die Aussicht auf Rekordeinnahmen wichtiger als der eigene Ethikkodex, der ein diskriminierungsfreies Umfeld von den Organisatoren eines Turniers verlangt. Wieder einmal stellt sie sich willfährig in den Dienst eines autokratischen Systems, das die weltweite Fußballleidenschaft für Sportwashing nutzt. Und wieder einmal wird die FIFA am Ende dem Gastgeber für ein wunderbares Turnier und die tadellose Organisation danken.

Als Fans, die den Fußball lieben, sagen wir – wie schon zuvor bei der WM in Katar – nein zu einer solchen Veranstaltung. Wir wollen und werden uns nicht daran gewöhnen, dass die völkerverbindende Fußballkultur dazu genutzt wird, ein diskriminierendes Regime zu beschönigen. Wir lassen uns nicht zu Claqueuren eines Sportevents degradieren, das im Zeichen von Geld und Macht steht und sich um die Gebote von Humanität und Fairness nicht schert.

Fairness United

Für Menschenrechte im Fußball

**FAIRNESS
UNITED**
FÜR MENSCHENRECHTE IM FUSSBALL



Politik und Menschenrechte in Saudi-Arabien

Saudi-Arabien zählt weltweit zu den Staaten mit den größten **Menschenrechtsverletzungen**. Die Tätigkeit von Menschenrechtsorganisationen ist verboten. Laut Amnesty International werden Aktivist:innen willkürlich inhaftiert, zu oft mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt, während der Haft schikaniert und nach ihrer Freilassung mit Reiseverbot belegt.

Saudi-Arabien ist eine **absolutistische Monarchie**, die von der Familie des Staatsgründers Saud regiert wird. Es existiert keine Verfassung außer dem Koran. Parteien und Gewerkschaften sind in Saudi-Arabien verboten. Nationale Wahlen gibt es nicht, ebenso wenig eine Trennung zwischen Legislative und Exekutive. Statt eines Parlaments existiert ein beratendes Gremium, dessen Mitglieder vom König bestimmt werden, ebenso wie die Minister und die Richter. Immerhin: Seit 2005 gibt es Wahlen auf regionaler und kommunaler Ebene, an denen seit 2015 auch Frauen teilnehmen dürfen.

Meinungsfreiheit existiert faktisch nicht. Für kritische Äußerungen auf Twitter oder für die Teilnahme an friedlichen Versammlungen werden Haftstrafen zwischen 10 und 45 Jahren verhängt. So wurde etwa die Frauenrechtlerin Salma al-Shehab, die in Veröffentlichungen Frauenrechte für ihr Land gefordert hatte, laut Amnesty im August 2022 zu 34 Jahren Gefängnis wegen „Störung der öffentlichen Ordnung und Destabilisierung der staatlichen Sicherheit und Stabilität“ verurteilt. **Religionsfreiheit** ist stark eingeschränkt. Es darf ausschließlich der sunnitische Islam in Form des konservativen Wahhabismus öffentlich praktiziert werden.

In der Rangliste der **Pressefreiheit**, die Reporter ohne Grenzen Anfang 2023 veröffentlicht hat, rangiert Saudi-Arabien auf Platz 166 (von 180), noch hinter Afghanistan. Oppositionelle Zeitungen sind nicht zugelassen. Berühmt wurde der Fall des saudischen Journalisten Jamal Khashoggi. Er verschwand im Oktober 2018 im saudisch-arabischen Generalkonsulat von Istanbul. Es gilt als erwiesen, dass Kronprinz Mohammed bin Salman seinen Mord angeordnet hat. Khashoggi wurde vermutlich erst verhört und gefoltert, dann ermordet und zerstückelt.

Frauenrechte sind in Saudi-Arabien stark eingeschränkt, auch wenn sich die Situation in den vergangenen Jahren leicht verbessert hat und Frauen inzwischen reisen, studieren, arbeiten und Auto fahren dürfen. Doch bei vielen Entscheidungen unterliegt die Frau weiterhin der männlichen Vormundschaft. Engagierte Feministinnen, die z. B. im Internet für mehr Rechte kämpfen, werden immer strengeren Sanktionen unterworfen. Im Mai 2018 wurden bei einer Verhaftungswelle zahlreiche Aktivist:innen



nen willkürlich festgenommen. Laut Amnesty International gibt es drei unabhängige Zeugenaussagen, nach denen die Frauen wiederholt mit Stromschlägen und Schlägen gefoltert sowie sexuell drangsaliert worden seien. Eine der Frauen versuchte sich anschließend das Leben zu nehmen.

LGBTIQ*-Communities gibt es nicht in Saudi-Arabien, denn alles außer heterosexuellen Beziehungen ist untersagt. Die Ausübung von Homosexualität wird schlimmstenfalls mit der Todesstrafe geahndet. Vier Fälle von Hinrichtungen sind bekannt, üblicher ist die Verhängung von Gefängnisstrafen oder Auspeitschung. 2020 verurteilte ein saudisches Gericht einen jemenitischen Blogger, der als Migrant in Riad lebte, weil er auf Twitter ein Video gepostet hatte, in dem er sagt: „LGBT-Personen verdienen Rechte“. Nach Angaben von Human Rights Watch wurde er wegen „Nachahmung von Frauen“ zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt, in Einzelhaft gehalten und geschlagen, damit er gesteht, homosexuell zu sein.

Die Vollstreckung der **Todesstrafe** ist in Saudi-Arabien gängige Praxis: 2022 wurden dort 196 Menschen hingerichtet, allein am 12. März 2022 waren es 81, darunter mehrere aufgrund von politischen „Verbrechen“ („Störung des sozialen Gefüges und des nationalen Zusammenhalts“ bzw. „Teilnahme an und Anstiftung zu Sitzstreiks und Protesten“). Laut Menschenrechtsorganisationen gehört **Folter** in saudischen Gefängnissen zum Alltag, um „Geständnisse“ zu erpressen, die die Grundlage für härtere Strafen bis hin zur Todesstrafe bilden.

Ein Drittel der 36 Millionen in Saudi-Arabien lebenden Menschen sind Ausländer:innen, meist **Arbeitsmigrant:innen** aus nord- und ostafrikanischen Ländern. Wie in anderen Golfstaaten sind sie in Saudi-Arabien dem Kafala-System unterworfen, das heißt, sie benötigen für ihre Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis einen Bürgen, zumeist den Arbeitgeber, was Missbrauch und Ausbeutung leicht macht. Bei Verstößen gegen Arbeits- oder Aufenthaltsbestimmungen greift der Staat rigide durch. Zwischen Januar und November 2022 wurden fast eine halbe Million Menschen wegen solcher Verstöße abgeschoben.



Die Saudis und der Fußball

Am 7. Oktober 2021 übernahm ein Konsortium, das vom saudi-arabischen Public Investment Fund (PIF) angeführt wird, den englischen Premier-League-Klub Newcastle United zu 80 Prozent. PIF wurde 1971 vom saudischen Regime ins Leben gerufen, um im Auftrag der Regierung Geld anzulegen. PIF ist heute ein globaler Player, das Regime will ihn im Rahmen ihres Entwicklungsplans „Vision 2030“ zum größten Staatsfonds der Welt ausbauen. Chef des Fonds ist *Mohammed bin Salman*, Kronprinz und Premierminister Saudi-Arabiens, der den Journalisten Jamal Kashoggi zersägen und verbrennen ließ.

Ein Teil des Geldes aus dem Staatsfonds fließt seit einigen Jahren verstärkt in den Sportbereich. Mit horrenden Summen werden internationale Stars und Events eingekauft: Formel 1, Rallye Dakar, Profigolfen, Boxkämpfe – und nun auch Fußball. Die Sportbegeisterung soll die verheerende Menschenrechtssituation im Land vergessen lassen, das autokratische Regime als glänzenden Gastgeber präsentieren und innenpolitisch für Stabilität sorgen.

Fußballentwicklungshilfe

In Sachen Fußball sind die Pläne der Saudis noch um mindestens eine Nummer ehrgeiziger als die von Katar und widmen sich auch der heimischen Liga. Die Voraussetzungen sind nicht schlecht: Die Fußballleidenschaft im Land ist groß. Bei rund 36 Millionen Einwohner:innen (davon etwa ein Drittel Arbeitsmigrant:innen) ist – anders als in Katar – für Publikum garantiert. Um den Rest kümmert sich der Staat(sfonds).

Im Juni 2023 übernahm der PIF die heimischen Klubs Al-Ahli, Al-Hilal, Al-Nassr und Al-Ittihad. Damit verfügen diese Klubs über fast unbegrenzte finanzielle Ressourcen. Weitere Klubs wurden unter die Aufsicht von Regierungsbehörden und staatsnahen Institutionen gestellt. Das Regime will die Saudi Professional League (SPL) zu einer der zehn größten Fußballligen der Welt entwickeln. Um die globale mediale Aufmerksamkeit für die Liga zu erhöhen, werden große Namen verpflichtet, meist aus dem obersten Regal der alternden Weltstars. Al-Nassr verpflichtete Cristiano Ronaldo, Al-Ittihad Karim Benzema. Ronaldo soll 200 Millionen Euro pro Jahr kassieren, bei Benzema schwanken die Angaben zwischen 50 und 200 Millionen. Nahezu im Wochentakt folgten weitere große Namen. Unter anderen wurde von Al-Hilal der brasilianische Superstar Neymar für rund 100 Millionen eingekauft.



Seit 2018 aktiv

Erste Anzeichen für ein massives Einsteigen des saudischen Regimes im Weltfußball gab es schon vor dem Erwerb von Newcastle United. 2018 versuchte FIFA-Boss Gianni Infantino, eine Marionette arabischer Autokraten und Diktatoren, die Champions League der UEFA mit einer auf 24 Teams aufgeblasenen Version der FIFA-Klub-WM herauszufordern. Des Weiteren war die Einführung einer Weltliga für Nationalteams geplant. Für die Vermarktung dieser Formate boten Investoren 25 Milliarden US-Dollar für zwölf Jahre. Die potenziellen Geldgeber waren mit Saudi-Arabien verhandelt. Saudi-Arabien war auch Sponsor des (vorerst) gescheiterten Projekts einer europäischen Super League.

Von den letzten sechs Klub-WMs der FIFA fanden fünf in den Golfstaaten statt, dreimal waren die VAE Gastgeber, zweimal Katar. 2023 wird das Turnier nun erstmals in Saudi-Arabien ausgetragen. Amnesty International erklärte, die FIFA habe mit dieser Entscheidung „wieder einmal die grausame Menschenrechtsbilanz“ des Golfstaats ignoriert.

Auch Bayern München ist schon in Saudi-Arabien gewesen. 2015 hängte der Verein an sein bereits obligatorisches Trainingslager in Katars Hauptstadt Doha ein Testspiel in Riad an. Der Bundesligist kassierte hierfür eine Gage im Millionenbereich. Der Besuch der Bayern fiel in eine Zeit, als sich der demokratische Teil der Weltöffentlichkeit über die Folterung des saudischen Bloggers Raif Baldawi empörte. Einen Tag vor dem Freundschaftsspiel des deutschen Rekordmeisters wurde in Mekka eine Frau öffentlich enthauptet.

Keine Probleme mit den Verhältnissen in Saudi-Arabien hat auch Oliver Kahn, der im September 2023 den „legendären Klub“ (Kahn) Al-Hilal besuchte. Es sei ein „großartiger Moment“ gewesen.





Die FIFA hat ein weiteres Mal die desaströse Menschenrechtsbilanz Saudi-Arabiens außer Acht gelassen. (...) Themen wie Meinungsfreiheit, Diskriminierung oder Arbeitnehmendenrechte ignorierte sie dabei. Die FIFA missachtet einmal mehr ihre eigene Menschenrechtspolitik und macht sich mitschuldig an eklatantem Sportswashing.



Stephen Cockburn, Leiter der Abteilung wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte bei Amnesty International, zu der Entscheidung, die Klub-WM 2023 in Saudi-Arabien auszutragen

Einige Materialien zum Thema

Amnesty-Bericht 2022:

www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/saudi-arabien-2022

Human Rights Watch:

www.hrw.org/de/news/2023/02/23/saudi-arabiens-juengste-sportwashing-strategie-sponsoring-der-frauenfussball-wm

www.dw.com/de/bericht-von-hrw-tod-an-saudi-arabiens-grenze/a-66599162

Sport inside (Film):

www.youtube.com/watch?v=m2bwPTGyvqs

Impressum und Kontakt

Initiative „Fairness United – Für Menschenrechte im Fußball“

www.fairness-united.org

www.facebook.com/fairnessunited

www.instagram.com/fairness_united

www.twitter.com/fairness_united

E-Mail: info@fairness-united.org

FAIRNESS  UNITED